

Donnerstag, den 21. Mai

1896

638

Frankenberger Tageblatt und Bezirksanzeiger.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg.

Zur gefälligen Beachtung.

Nach deutschen und österreichischen Bädern, Sommersfrischen &c. liefern wir das Tageblatt in allabendlich 7 Uhr hier abgehenden Kreuzbandsendungen und berechnen wir dafür insgesamt 40 Pf. für die volle Woche.

Expedition des Frankenberger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestande im Gehöft

Cat.-Nr. 39 von Hausdorf

ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, am 19. Mai 1896.

Frhr. von Leubnitz.

Bat.

Bekanntmachung.

Die Abwesenheitsvormundschaft über den Handarbeiter

Carl August Schöner

aus Dittersbach

hat sich erledigt.

Königliches Amtsgericht Frankenberg, am 18. Mai 1896.

Wähner.

Topfer Bruno Dippmanns in Frankenberg Konkurs.

Ich bitte um gefällige sofortige Bezahlung der zu diesem Konkurse schuldigen

Beträge.

Frankenberg.

Justizrat Reinholdt,
Konkursverwalter.

Vom Reichstage.

In der 93. Sitzung vom 19. Mai steht auf der Tagesordnung der Nachtragsetat für das Südwestafrikanische Schutzgebiet.

Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt Käyfer erinnert an die neuere Kämpfe in Deutsch-Südwestafrika, bei denen die deutschen Truppen unter Leitung des Leutnants Lamberg die größte Tapferkeit bewiesen hätten, wofür ihnen auch die allerhöchste Anerkennung bereits ausgesprochen worden sei. Seinerzeit sei es dem dortigen Landeshauptmann verboten worden, dass er mit den Witboois Frieden geschlossen, aber derselbe habe dies gerade für richtig gehalten, und seine Umsicht und Entschlossenheit verdient durchaus Anerkennung. Man hätte meinen sollen, die Namaquas und die Hereros hätten froh sein sollen, von dem Drunde der Witboois befreit worden zu sein, gleichwohl sei es jetzt zu einem Aufstande der Hereros gekommen. Von dort sei die Nachricht angegangen, dass es dringend geboten sei, mindestens 400 Mann doch hin zu schicken. Was sei der Grund des Aufstandes? Nicht zumindest wohl die Nachrichten aus anderen afrikanischen Gebieten, vielleicht sogar diejenigen über europäische Niederlagen aus Afrika. Der Bericht Leutweins werde bestätigt, auch durch Meldungen aus Kapstadt, und seinem Rufe müssen wir daher folgen. Die 2 Millionen, welche dem Reichstage überliefert würden, seien das Mindeste, was benötigt werde. Wenn die 400 Mann am 31. Mai von Hamburg abgehen könnten, würde Leutwein über genügende Mannschaften, etwa 1200 Mann, ungerichtet der Eingeborenen, versorgen. Es müsse unter allen Umständen auf Herstellung eines dauernden Friedens hingeworfen werden. Er sollte heute nicht weiter auf den Wert unseres Südwestafrikanischen Schutzgebietes eingehen, sondern nur bemerken, dass wir jetzt schon mehr als 200 Deutsche dort haben und dass die Zahl der Mitglieder unserer Schutztruppe, welche nach Abschluss der Dienstzeit dort bleibet, immer mehr zunehme. Auch seien neuerdings wieder wertvolle Saanofelder dort gefunden worden. Noch den Einwand müsse er bekämpfen, dass wir dort mehr englische als deutsche Interessen wahnehmen. Gerade seit die englische Gesellschaft konzentriert worden, habe sich der Zuzug deutscher Kapitals stark erhöht. Wenn also jetzt wieder neue Mittel für Südwesstaat erhält, so geschieht das nicht in anderer, sondern im eigenen deutschen Interesse. Die Aufrechterhaltung unseres dortigen deutschen Besitzes sei aber nicht nur ein koloniales, sondern ein allgemeines deutsches Interesse.

Richter: Wie sehr die Bantus müde werden in bezug auf Ausgaben für koloniale Zwecke, das sehen wir ja auch noch an einer anderen Stelle, in Australien. Und da verlangen Sie jetzt wieder 2 Millionen, während andere, sogar Pensionsgesetze, an dem Widerspruch des Finanzministeriums scheitern müssten. Die Befürchtungen für Südwesstaat haben sich immer mehr gesteigert, bis jetzt haben wir schon 5-6 Millionen dafür aufgewandt, und wenn wir diese Vorlage bewilligen, werden es Ende dieses Jahres 10 Millionen sein. Und die Geschichte Südwesstaats ist eine fortwährende Reihe von Illusionen. Auch Goldgruben hat man uns einmal in der Kommission vorgezeigt (Heiterkeit), dann eine Schlägergesellschaft (Heiterkeit), dann kam eine Periode der Wollzucht u. s. w. Die ganze Kolonie blüht, so lange wir Geld und Schutztruppen hinzuladen. Darum ist der Stolz, dass wir jetzt schon 200 Deutsche dort haben, die nicht zur Schutztruppe gehören, nicht gerechtfertigt. Das alles sind keine wirtschaftlichen Unterlagen für Aufrechterhaltung der Schutzherrschaft in einem Gebiete, welches 60 Prozent größer ist, als Deutschland selber. Wäre nur eine Ausflucht — die aber gar nicht vorhanden ist — auf Aufhören der Befreiung und Verwüstungen! Aber da es sich um Nomadenstämme handelt, wird die Sache für uns umso mehr immer schwieriger, als — wie der Direktor Käyfer selber sagt — die Leute jetzt schon mit Hinterländern bewohnt sind. Diese waren das Einzige, was uns die Überlegenheit bisher schuf. Wir sollten dort nichts mehr hineinstellen, denn unsere nationale Ehre ist dabei nicht verändert. Auch ein Kulturerinteresse ist nicht vorhanden. Sklaverei brauchen wir nicht abzuschaffen, denn sie existiert dort nicht. Wir können es daher nicht verantworten, den Steuerzahler gegenüber, da noch mehr Geld aufzuwenden unter Vereinbarung und wie die anderen Bundesbrüder noch heißen, sind keinen deutschen Schuh Pulver wet!

Graf Arnim (Ap.): Gerade Ihre Behandlung der Kolonialpolitik hat dem Lande Geld gekostet, denn nur Sie haben das deutsche Kapital abgeschafft. Winge es nach Richter, so müssten

wir, wie Hannibal Fischer die deutsche Flotte, so jetzt Südwesstaat unter den Hammer bringen. Dagegen würde sich sicher das deutsche Nationalgefühl aufzubauen. Wir haben allen Anlass, zu hoffen, dass sehr bald, mit Hilfe dieser Truppe, die Ordnung im Lande wieder hergestellt wird. Wir können es nur mit Freuden begrüßen, dass ein großer Teil der Schutztruppe auch später dort bleibt und sich als Bauer im Lande wohl fühlt. Ich hoffe aber, dass über alle Einzelfragen, Ablauf des Privilegs der Gesellschaft &c., uns in der Kommission ausführlich Ausschluss gegeben wird. Aufmerksam muss ich aber wenigstens daran machen, dass der Direktor der Gesellschaft zugleich der Direktor des Südafricanischen Chartered-Gesellschaft ist. Bei der Gelegenheit rüttet Redner noch an den Bundesrat eine Anfrage wegen Beurteilung zweier Deutschen in Hongkong erf. zu Buchthaus, dann freilich nur zu Geldbuße. Sei das etwa nur ein Gnadenakt gewesen?

Staatssekretär v. Bötzow erklärt, dass nur ein kurzer Telegramm von Hongkong vorliege, dessen schon bekannten Inhalt er wiederholt. Er bittet, erst den Bericht des dortigen Konsuls abzuwarten.

Hasse (nat.-lib.) bittet, die Vorlage nicht erst an eine Kommission zu weisen, da man den Berichten Leutweins doch volles Vertrauen schenken dürfe. Auch er hofft, der Schutztruppe werde es gelingen, bald Ordnung zu schaffen.

Höster (Antis.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein. Wenn auch, wie Richter meine, die Hollentotten keinen Schutz Pulver wert seien, so gingen wir ja nicht der Hollentotten wegen nach Afrika, sondern um unserer selbst willen. Die jetzt geforderten 2 Millionen seien eine verhältnismäßig geringe Summe.

Prinz Arnsberg: Meine Freunde und ich erkennen die hier vorhandene politische Zwangslage an und werden die geforderte Summe bewilligen in der Erwartung, dass uns in der Kommission alle erforderlichen Erläuterungen gegeben werden. Der Redner empfiehlt dann noch Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Graf Limburg-Stirum drückt namens der Konservativen die Sympathie derjenigen mit der Vorlage aus, will aber ebenfalls, dass in der Kommission die Voranschläge klar gestellt werden, unter denen in den Kolonien Eisenbahnen gebaut werden dürfen. Richter hebt noch in einer Gegenrede auf Arnims Bemerkungen hervor, es fehle in der Kommission ein Wasser und Holz, also an den Hauptvoranschlägen für wirtschaftliches Gedränge. Höster gefällt Südwesstaat wohl, weil diese Kolonie jüdischen Heiterkeit (Heiterkeit). Dann möge er doch seine Befürchtungen veranlassen, dorthin zu gehen. (Heiterkeit) Immerhin, meine Herren (Heiterkeit). Aber hier handelt es sich um das Geld der Steuerzahler.

Nach einer Erwiderung Graf Arnims bemerkt

Höster: Wenn Richter uns rat, wir sollen unsere Gegner dorthin abschieben, dann könnten wir mit ihm handeln. Dass das Allerweltsvolk sich in großer Zahl auch schon in jenen Gegenden befindet, könnte Richter aus den Schilderungen über die Diamantfelder entnehmen.

Damit ist die Debatte beendet.

Ein formeller Antrag auf kommissarische Beratung wird von seiner Seite gestellt. Es folgt daher sofort die zweite Abstimmung, in welcher die Vorlage debattlos angenommen wird.

v. Bemmisch schlägt vor, in einer auf heute nachmittag anzubekanntende Sitzung noch die dritte Abstimmung folgen zu lassen.

Widerspruch hiergegen erhebt sich nicht.

Der dritten Beratung steht sodann die Vorlage betr. den Ab-

gabentarif auf dem Nordostseekanal.

Jabsen (nat.-lib.) hält es für richtig, die bei der zweiten Abstimmung laut gewordenen Wünsche betr. Herabsetzung des Tarifes einzuführen, unterdrückt für kleine Schiffe zu vereinen und eine allgemeine Herabsetzung einzutreten zu lassen. Ferner betone er, je einfacher ein Tarif, desto besser! Rückung sei es fernher wohl, den größeren Vorteilen, welche den Schiffen, je nach dem Verhältnis des Kanalschaft zur gesamten Fahrtstrecke, erwachsen, auch größere Abgaben gegenüberzustellen. Ferner müsse der 25-prozentige Winterzuschlag befreit werden, sonst werde sicher im Winter der Weg um Skagen eingeschlagen zum Unglück der Reederei und der Menschheit und überhaupt auch zum Schaden des Kanals.

Staatssekretär v. Bötzow: Von dem Prinzip, je einfacher, desto besser, haben wir uns schon bei der provisorischen Aufstellung des Tarifes leiten lassen. Wenn die Frequenz des Kanals nicht nach Wunsch genommen hat, so mag das auch mit an der Höhe

des Tarifes liegen, und ich glaube, dass wir da fortgieren müssen. Ich glaube, die Sachverständigenkonferenz, die wir berufen werden, wird auch die Geschäftspunkte erörtern, wie eine Vermehrung der Frequenz herbeizuführen ist. Aber ganz irrational ist der bestehende Tarif doch nicht, auch nicht der Winterzuschlag. Wenn wir nach Maßgabe der Entfernung und der höheren Vorteile die Tarife bemessen, so würde doch gerade das wieder gegen das Prinzip der Einfachheit verstößen. Und der Winterzuschlag rechtfertigt sich doch durch die höheren Betriebskosten im Winter. Wir brauchen da ein größeres Personal. Außerdem ist im Winter der Weg um Skagen viel gefährlicher, der Vorteil des Kanalweges also größer. Als Ziel, welches sich ein guter Handelsverkehr stellen muss, behalten wir jedenfalls die Annahme der Frequenz und die Deckung der Kosten im Auge. Ich bemerke noch, die Erfahrungen beim Suecanal sprechen gegen Herabsetzung des Tarifes, dort waren die Einnahmen anfangs gering, dann, nach Erhöhung des Tarifes, wurde die Frequenz größer. Ich will dies Beispiel nicht als absolut wirksam bezeichnen, jedenfalls bleiben wir bestrebt, einen möglichst flotten Verkehr zu erreichen.

Habe während zum Schutz unserer Küstenschiffer differentialle Behandlung der holländischen Konkurrenz beim Kanaltarif. Es bedarf dabei, dass der vorjährige Resolution vom Bundesrat nicht stattgegeben sei.

Richter bemerkt dazu, diese sich gegen die holländische Konkurrenz richtende Resolution sei damals nur aus Versehen angenommen worden. Die verbündeten Regierungen könnten auch unmöglich auf dieselbe eingehen. Was den Kanaltarif anlangt, so könnte er nur empfehlen, dem Wunsche des Nautischen Vereins zu folgen, die Abgaben nach Maßgabe des Nutzens zu normieren, den der Kanal den Schiffen bringe.

Staatssekretär v. Bötzow: Wollten wir, wie das bis 1866 der Fall war, die holländische Flagge schlechter stellen, wie die deutsche, so würde das als ein feindseliges Akt erscheinen, der doch mindestens durch einen gleichartigen Vorgang von der anderen Seite gedeckt sein müsste. Wir haben bei Eröffnung des Kanals ihn weißlich allen Völkern zur Benutzung übergeben und an eine differentialle Behandlung hat niemand dabei gedacht. Ein zweiter Grund, sie allgemein oder einem einzelnen Lande gegenüber einzuführen, liegt nicht vor. Was Richter Wunsch betrifft, so könnte man ja vielleicht die Abgabe nach Nutzen und Entfernung bemessen. Diese Geschäftspunkte werden natürlich bei den Verhandlungen der Kommission zur Geltung kommen und sind auch früher schon nicht unerwogen geblieben. Ob der Tarif nach Maßgabe des Vorteils wird schaffhaft werden, kann ich nicht übersehen. Aber die Nautische, die hier laut geworden sind, werden in der Kommission und im Bundesrat berücksichtigt werden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen Jabsen, Hahn und Richter wird die Vorlage definitiv angenommen.

Sodann wird die Wahl v. Dziembowski-Bomby bestanden, die Reichskreditkammer für gültig erklärt und an Stelle eines aus der Reichskreditkammern ausgeschiedenen Mitgliedes Schall in diese Kommission gewählt.

Nach einer halbständigen Pause beginnt die neue anberaumte Sitzung mit der Tagesordnung: Dritte Abstimmung des Nachtragsetats für Südwesstaat.

Die nächste Abstimmung erfolgt debattlos.

Die nächste Abstimmung wird vom Präsidenten anberaumt auf Dienstag, 2. Juni.

Ortlches und Sächsisches.

Frankenberg, 20. Mai 1896.

† Beim Bau der neuen Realschule waren Vorlesungen getroffen worden, die meteorologische Station, welche früher von Herrn Bürgerschul Lehrer Rohrbach und später von Herrn Realschul Lehrer Sievers verwaltet wurde und im Laufe der Zeit mehrfach Lokalwechsel unterworfen war, mit in das Realschulgebäude aufzunehmen. Am heutigen Tage ist nun unter Leitung des Herrn Prof. Schreiber, Direktor des lgl. sächs. Meteorologischen Instituts zu Chemnitz, die Neuauflistung der Instrumente im Realschulgebäude erfolgt und wird die hiesige meteorologische